



Auftrag an die SVP Schweiz: Die Strommangel-Katastrophe ist abzuwenden!

Der Schweiz droht bereits 2024 der Strom auszugehen – dies mit katastrophalen Folgen für alle Menschen in unserem Land. Die Delegierten der SVP Schweiz erteilen deshalb der Parteileitung den Auftrag, alles zu unternehmen, um eine sichere, unabhängige und kostengünstige Energieversorgung in der Schweiz zu gewährleisten.

Die Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Führende Vertreter der Wirtschaft, des Bundes und der Wissenschaft sind sich einig: Eine **Strom-Mangellage ist die grösste Bedrohung** für unser Land und wird gemäss Bund bereits in zwei oder drei Jahren Realität.

Damit tritt die Katastrophe ein, vor der die SVP schon lange warnt. **Eine Strommangellage hätte existenzbedrohende Folgen** und viel drastischere Auswirkungen auf unser Land als die Corona-Krise. Eine Strommangellage wird alle Menschen in der Schweiz hart treffen: **Ohne Strom bricht das ganze Leben zusammen**. Nahrungsmittel und andere Produkte des täglichen Bedarfs werden knapp, die Gesundheitsversorgung und die Versorgung mit Geld sind nicht mehr gewährleistet, Heizen, Kochen, Duschen und vieles mehr wird nicht mehr oder nur massiv eingeschränkt möglich sein.

Um die absehbare Katastrophe abzuwenden, erteilen die Delegierten der SVP Schweiz der Parteileitung den Auftrag, alles zu unternehmen, um eine unabhängige und kostengünstige Energieversorgung in der Schweiz sicherzustellen. Namentlich soll sich die SVP Schweiz dafür einsetzen, dass der Bundesrat:

-unverzüglich einen Strom-General einsetzt und diesen damit beauftragt, bis im Sommer 2022 **Lösungsvarianten für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung** auszuarbeiten.

-die **CO2-Reduktionsziele** zugunsten einer sicheren inländischen Energieversorgung **aufschiebt**.

-jene **Kantone und Städte in die Verantwortung** nimmt, die eine **verantwortungslose Energie-Politik** betreiben. Konkret soll eine **Stromrationierung zuerst Kantone wie Zürich und Basel-Stadt treffen**, die mit ihrer Energiepolitik beispielsweise dem Verbot von Ölheizungen das Eintreten einer Mangellage zusätzlich befeuern.

Reconvilier, 15. Januar 2022